

Europäische Menschenrechtskonvention

Grabenwarter / Pabel

7. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-75106-6
C.H.BECK

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Grabenwarter/Pabel
Europäische Menschenrechtskonvention


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europäische Menschenrechtskonvention

Ein Studienbuch

von

Dr. Dr. Christoph Grabenwarter

Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien
Präsident des Verfassungsgerichtshofs Österreich

und

Dr. Katharina Pabel

Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

7. Auflage, 2021



Zitiervorschlag: Grabenwarter/Pabel, EMRK, § 13 Rn. 5

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN (C. H. Beck) Print 978 3 406 75106 6
ISBN (C. H. Beck) E-Book 978 3 406 75967 3
ISBN (Helbing Lichtenhahn) 978 3 7190 4440 4
ISBN (MANZ) 978 3 214 12046 7

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 7. Auflage

Vor 70 Jahren wurde die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, in einem Nachkriegseuropa, das sich der Menschenrechtsverletzungen, die die Herrschaft der Nationalsozialisten und der Zweite Weltkrieg verursacht hatten, nur allzu bewusst war. Mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, die drei Jahre später in Kraft trat, wurde ein gemeinsames Fundament an Menschenrechten geschaffen, auf deren Einhaltung und Schutz sich die Konventionsstaaten verpflichteten und zu deren Durchsetzung sie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte schufen. Dieses Konventionssystem entwickelte sich – vor allem nach der Etablierung des ständigen Gerichtshofes – zu einem Erfolgsmodell, das Vorbild für andere Systeme des regionalen Menschenrechtsschutzes war und ist.

Die heutige Situation in Europa stellt das Konventionssystem vor große Herausforderungen. Zum einen ist der Gerichtshof immer noch mit einer sehr großen Zahl von Beschwerden belastet. Auf verschiedenen Ebenen – der Organisation des Gerichtshofes, der strikteren Fassung der Zulässigkeitsprüfung und Einführung neuer Unzulässigkeitsgründe, der Stärkung des Verfahrens zur Umsetzung von Urteilen des Gerichtshofes und etlichem mehr – sind Maßnahmen gesetzt worden, die Verbesserungen gebracht haben, an dem grundsätzlichen Befund der hohen Belastung aber nichts geändert haben. Vor allem strukturelle menschenrechtliche Defizite in einer Reihe von Mitgliedstaaten führen zu einer großen Zahl an Beschwerden an den Gerichtshof. Vor diesem Hintergrund erweist sich das Individualbeschwerderecht nach wie vor als „Herzstück“ des Konventionssystems, wie *Christian Tomuschat* 2003 formulierte, das es zu bewahren gilt. Zum anderen ist es nicht mehr so sicher, dass die in der Konvention verankerten Rechte in der Auslegung durch den EGMR von allen Konventionsstaaten als gemeinsames Fundament verstanden und akzeptiert werden. Die politischen Entwicklungen in einigen Staaten lassen Zweifel daran aufkommen, wie tragfähig das gemeinsame Fundament tatsächlich ist. Der EGMR betont immer wieder den Zusammenhang von Rechtsstaat, Demokratie und der Gewährleistung von Menschenrechten, wie er auch in der Satzung des Europarates niedergelegt ist. Die zu beobachtende Tendenz, etablierte demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze zu hinterfragen, führt zu einer Fragilität einzelner politischer Systeme, aber auch der Gemeinschaft der im Europarat zusammengeschlossenen Staaten Europas und sogar zu Konflikten untereinander. Die zunehmende Zahl von Staatenbeschwerden, die an den EGMR herangetragen werden, zeugt davon.

Die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention als gemeinsamer menschenrechtlicher Standard in Europa kann angesichts dieser Entwicklungen nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mit der über Jahrzehnte entstandenen Rechtsprechung des EGMR hat die Konvention eine prägende Kraft für die Staaten, die sich auf die Einhaltung der in ihr verbürgten Menschenrechte verpflichtet haben, entfaltet und setzt Maßstäbe für die Zukunft von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte in Europa.

Mit diesem Buch soll auch in der 7. Auflage die reichhaltige Rechtsprechung des EGMR erfassbar gemacht werden. Wir wollen Zusammenhänge sichtbar machen, Rechtsprechungsentwicklungen beschreiben und auch kritisch beleuchten, dies mit

dem übergeordneten Ziel, die Standards des gemeineuropäischen Grund- und Menschenrechtsschutzes herauszuarbeiten.

Die mit der Erstellung der Neuauflage verbundene Arbeit konnte nur mit tatkräftiger und engagierter Unterstützung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Linz und Wien bewältigt werden. Wir bedanken uns bei Mag.^a Nicole Dannerbauer, Mag.^a Nina Felbinger-Forster, Lisa Fuchs, LL.M., Mag.^a Theresa Ganglbauer, Mag.^a Marlene Haderer, Mag.^a Daniela Kraschowitz, LL.M., Julia Reiner, LL.M., Stephan Reisenberger, LL.M. und Mag.^a Eva Rom, M.Phil. für ihren großen Einsatz bei der Erfassung der aktuellen Judikatur, bei der Erstellung der Verzeichnisse und der Betreuung des Manuskripts. Trotz der Einschränkungen und der damit verbundenen besonderen Belastungen während der Corona-Pandemie konnte die 7. Auflage im üblichen Zeitrahmen abgeschlossen werden.

Wien, im Dezember 2020

*Christoph Grabenwarter
Katharina Pabel*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort der 1. Auflage

Am 3. September 2003 werden genau fünfzig Jahre vergangen sein, seit die Europäische Menschenrechtskonvention in Kraft getreten ist. Vor bald fünf Jahren wurde ihr Rechtsschutzsystem mit der Einrichtung eines neuen ständigen Gerichtshofs grundlegend neu gestaltet. Diese beiden Umstände sind äußere Zeichen für die Bedeutung und den Erfolg der EMRK. Der Bedeutungszuwachs dieses internationalen Menschenrechtsvertrags seit dem Jahr 1990 manifestiert sich aber noch in einigen weiteren Entwicklungen. Zum Ersten wurde die Grenze des Gebiets jener Staaten, die Mitglieder sind, vom ehemaligen „Eisernen Vorhang“ weit über das geographische Europa hinaus in den Kaukasus hinein und bis an den Pazifik verschoben, im „Europäischen Menschenrechtsraum“ leben heute rund 800 Millionen Menschen. Zum Zweiten hat die Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichtshofs in diesem Zeitraum in einem Maße zugenommen und eine Breite wie Tiefe erreicht, dass nahezu alle Bereiche der nationalen Rechtsordnungen von ihr betroffen sind. Zum Dritten haben fast alle Mitgliedstaaten die EMRK auf die eine oder andere Weise auch innerstaatlich zum verbindlichen und unmittelbar geltenden Maßstab gemacht. Und viertens schließlich gewinnt die EMRK über das Recht der Europäischen Union an Bedeutung: Seit dem Vertrag von Maastricht findet sich ein ausdrücklicher Verweis auf die EMRK im heutigen Art. 6 Abs. 2 des Unionsvertrages; der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften nimmt mehr und mehr auf die EMRK und die Rechtsprechung des EGMR Bezug; und die Grundrechte-Charta nimmt schließlich den „acquis conventionnel“ gleichsam in sich auf.

Dementsprechend verwundert es nicht, dass die EMRK auch in der Lehre an den Universitäten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gleichermaßen an Bedeutung gewonnen hat. Das vorliegende Buch soll eine Grundlage für das Studium der Grund- und Menschenrechte im Allgemeinen bilden, aber auch den Einstieg in die spezialisierte Befassung mit der EMRK erleichtern. Darüber hinaus soll es aber auch der Praxis einen Einblick in das weltweit erfolgreichste System des internationalen Menschenrechtsschutzes geben und weiterführende Hinweise auf Rechtsprechung und Literatur bieten.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII

1. Teil. Die EMRK als völkerrechtlicher Vertrag

§ 1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Europäischen Menschenrechtskonvention	1
§ 2. Die EMRK im Völkerrecht	4
I. Vom völkerrechtlichen Menschenrechtsschutz zur europäischen Menschenrechtsverfassung	4
II. Kernbestand von Rechten und stufenweise Ergänzung durch die Zusatzprotokolle	7
III. Die Vorbehalte nach Art. 57 EMRK	7
1. Allgemeines	8
2. Voraussetzungen der Gültigkeit	8
IV. Suspendierung im Notstandsfall	10
1. Allgemeines	10
2. Voraussetzungen der Suspendierung	11
3. Notstandsfeste Rechte	13
4. Verfahren	13
V. Das Günstigkeitsprinzip und der gleichwertige Grundrechtsschutz	13
1. Allgemeines	13
2. Der Inhalt des Günstigkeitsprinzips	14
§ 3. Die EMRK im Recht der Mitgliedstaaten	15
I. Die Stellung der EMRK im Recht der Mitgliedstaaten	15
1. Die EMRK im Verfassungsrang	16
2. Die EMRK im Rang zwischen Gesetz und Verfassung	16
3. Die EMRK im Gesetzesrang	18
a) Allgemeines	18
b) Die Rechtslage in Deutschland	20
II. Typologie der Einwirkungen der EMRK auf das Recht der Mitgliedstaaten	23
§ 4. Die EMRK und das Recht der Europäischen Union	25
I. Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der EU-Mitgliedstaaten nach der EMRK	25
II. Die EMRK und die Grundrechte-Charta	27
1. Der Einfluss der EMRK auf den Inhalt der Grundrechte-Charta	27
2. Das Verhältnis zwischen EMRK, Grundrechte-Charta und nationalen Verfassungen nach Art. 52 und 53 GRC	27
III. Die Grundrechte der EMRK als „allgemeine Grundsätze“	28
IV. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	29
§ 5. Allgemeine Fragen der Auslegung der EMRK	31
I. Besonderheiten der Wortlautinterpretation: Authentische Sprachen statt Staatssprache	32
II. Besonderheiten der historischen Interpretation	33

III. Besonderheiten der systematischen Interpretation	34
1. Das Regelungsumfeld der EMRK	34
2. „Autonome Interpretation“	35
IV. Besonderheiten der teleologischen Interpretation	39

2. Teil. Verfahrensrecht und Organe der EMRK

1. Kapitel. Organisation und Struktur des EGMR

§ 6. Entwicklung	41
§ 7. Die Richter	42
§ 8. Die Gliederung des Gerichtshofes	45
I. Allgemeines	45
II. Die Einzelrichter	45
III. Die Dreier-Ausschüsse	46
IV. Die Kammern	47
V. Die Große Kammer	47

2. Kapitel. Das Beschwerdeverfahren vor dem EGMR

§ 9. Die Individualbeschwerde	48
I. Gegenstand der Beschwerde	49
II. Form der Beschwerde	49
III. Prozessvertretung	52
§ 10. Die Staatenbeschwerde	52
I. Gegenstand der Beschwerde	52
II. Form der Beschwerde	53
§ 11. Das Gutachtenverfahren	54
§ 12. Maßnahmen zur Sicherung der Effektivität von Beschwerden	56
I. Vorläufige Maßnahmen („interim measures“)	56
II. Vorrangige Behandlung von Beschwerden („priority cases“)	59
III. Dringliche Mitteilung („urgent notification“)	60
§ 13. Ablauf des Verfahrens	60
I. Der äußere Verfahrensablauf	60
II. Die Prozessvoraussetzungen im Verfahren der Individualbeschwerde	62
1. Die Partei- und Prozessfähigkeit	62
a) Natürliche Personen	62
b) Juristische Personen und Personengruppen	64
2. Die Opfereigenschaft des Beschwerdeführers	66
3. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	72
a) Vertikale Rechtswegerschöpfung	74
b) Horizontale Rechtswegerschöpfung	81
4. Wahrung der Beschwerdefrist	82
III. Sonstige formelle Gründe der Unzulässigkeit einer Beschwerde	85
1. Anonymität der Beschwerde	85
2. Res iudicata und Litispendenz	86
3. Missbrauch des Beschwerderechts	88
IV. Die inhaltliche Prüfung der Beschwerde im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung	89

1. Unvereinbarkeit der Beschwerde mit der Konvention	89
a) Ratione personae	89
b) Ratione loci	91
c) Ratione temporis	91
d) Ratione materiae	92
2. Offensichtliche Unbegründetheit der Beschwerde	92
3. Unzulässigkeit wegen Geringfügigkeit des Nachteils	94
V. Drittbeteiligte	97
VI. Prüfung der Rechtssache und Ermittlung der Tatsachen	100
VII. Gütliche Einigung	101
VIII. Streichung der Beschwerde	102
IX. Die Zuständigkeit der Kammern	104
1. Beginn des Verfahrens vor der Kammer	105
2. Abgabe an die Große Kammer durch die Kammer	105
3. Verweisung an die Große Kammer auf Antrag einer Partei	105
X. Mündliche Verhandlung	106
XI. Besonderheiten im Verfahren der Staatenbeschwerde	107

3. Kapitel. Das Urteil des EGMR und seine Wirkungen

§ 14. Das Urteil des EGMR	110
§ 15. Gerechte Entschädigung und Ersatz der Kosten	113
I. Schadensersatz	114
1. Allgemeines	114
2. Formale Anforderungen und Verfahren	114
3. Materieller Schaden	115
4. Immaterieller Schaden	116
II. Kostenersatz	118
§ 16. Rechtswirkungen und Durchsetzung der Urteile	119
I. Rechtswirkungen der Urteile	120
1. Rechtskraftwirkung	120
2. Orientierungswirkung	124
3. Die Rechtswirkungen der Urteile in Deutschland	126
II. Die Durchsetzung der Urteile durch das Ministerkomitee	128
III. Authentische Interpretation der Urteile durch den Gerichtshof	130
IV. Verfahren bei Verstößen gegen die Befolgungspflicht nach Art. 46 EMRK („infringement proceedings“)	131

3. Teil. Die Garantien der EMRK

1. Kapitel. Grundrechtslehren für die Garantien der EMRK

§ 17. Der Geltungsbereich der Garantien der EMRK	133
I. Persönlicher Geltungsbereich	133
1. Grundrechtsberechtigte	133
2. Grundrechtsverpflichtete	135
II. Räumlicher Geltungsbereich	139
1. Keine Verantwortlichkeit bei extraterritorialen Akten anderer Staaten	140
2. Verantwortlichkeit für extraterritoriale Akte	140

a)	Wirksame Kontrolle eines Gebiets	141
b)	Befehlsgewalt und Kontrolle durch Staatsorgane	141
c)	Ausübung extraterritorialer Gewalt im Gebiet eines anderen Mitgliedstaates	142
III.	Zeitlicher Geltungsbereich	143
§ 18.	Struktur der Grundrechtsprüfung	145
I.	Allgemeines	145
II.	Schutzbereich	146
III.	Der Eingriff in ein Grundrecht	147
IV.	Gesetzliche Grundlage	148
1.	Rückführbarkeit der Eingriffsgrundlage auf ein vom Parlament beschlossenes Gesetz	149
2.	Zugänglichkeit	149
3.	Hinreichende Bestimmtheit der gesetzlichen Grundlage	149
V.	Legitimes Ziel	150
VI.	Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	151
VII.	Besondere Beschränkungen der Rechte von Ausländern	157
VIII.	Das Missbrauchsverbot des Art. 18 EMRK	159
IX.	Besonderheiten bei Justizgrundrechten	161
1.	Bestimmung des Schutzbereichs	161
2.	Prüfung der Vereinbarkeit mit Organisations- und Verfahrensgarantien i. e. S.	161
3.	Das Eingriffs-Rechtfertigungs-Prüfungsschema und Abwägungsvorgänge bei den Justizgarantien	162
4.	Grundrechtsverzicht	162
§ 19.	Gewährleistungspflichten („positive obligations“)	164
I.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten als Oberbegriff und Ausgangspunkt	164
II.	Schutzpflichten	165
1.	Allgemeines	165
2.	Schutzpflichtdogmatik	165
3.	„Drittwirkung“ und Schutzpflichten	166
III.	Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	167
IV.	Informationspflichten	169
V.	Verpflichtungen zur Gewährleistung von Teilhaberechten	170
2. Kapitel.	Die Rechte und Freiheiten der EMRK	
§ 20.	Fundamentalgarantien	170
I.	Recht auf Leben	170
1.	Allgemeines	171
2.	Schutzbereich	172
3.	Eingriffe	174
4.	Rechtfertigung	175
a)	Vollstreckung eines Todesurteils	175
b)	Die Ausnahmen des Art. 2 Abs. 2	177
aa)	Tötung zur Verteidigung eines Menschen	178
bb)	Tötung anlässlich der Festnahme	179

cc) Tötung zur Unterdrückung eines Aufruhrs oder eines Aufstands	180
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	181
a) Schutzpflichten	181
aa) Strafrechtlicher und zivilrechtlicher Schutz des Lebens	181
bb) Präventiver Schutz vor Tötungsdelikten	183
cc) Schutzmaßnahmen bei Lebensgefährdungen durch äußere Ereignisse	184
dd) Schutzpflichten gegenüber besonders schutzbedürftigen Personen	185
ee) Schutzmaßnahmen gegenüber Personen im Näheverhältnis zum Staat	187
b) Gewährleistungspflichten zur Organisation von Polizeieinsätzen	188
c) Gewährleistungspflichten zur Untersuchung von Todesfällen	191
II. Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung	198
1. Allgemeines	199
2. Schutzbereich und Eingriffe	199
a) Folter	200
b) Unmenschliche Behandlung	202
c) Erniedrigende Behandlung und Strafe	206
3. Art. 3 als absolutes Recht	209
4. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	211
5. Fallgruppen	215
a) Polizeieinsätze	215
b) Behandlung Inhaftierter	216
c) Misshandlungen durch Private	222
d) Ausweisung und Auslieferung	224
III. Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit	232
1. Allgemeines	233
2. Verbot der Sklaverei und Leibeigenschaft	233
3. Verbot der Zwangs- und Pflichtarbeit	234
a) Begriff der Zwangs- und Pflichtarbeit	234
b) Die Ausnahmen des Art. 4 Abs. 3	236
aa) Arbeiten in der Haft	236
bb) Militärdienst	237
cc) Notstandspflichten	237
dd) Übliche Bürgerpflichten	238
4. Verbot des Menschenhandels	238
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	239
§ 21. Freiheit und Freizügigkeit	241
I. Garantie der persönlichen Freiheit	241
1. Allgemeines	242
2. Schutzbereich	243
3. Eingriffe	245
4. Zulässigkeit von Eingriffen in die persönliche Freiheit	248

a)	Gesetzliche Grundlage	248
b)	Einhaltung des innerstaatlichen Verfahrens	249
c)	Beachtung des Willkürverbots	250
d)	Vorliegen eines Haftgrunds	252
aa)	Verurteilung	252
bb)	Nichtbefolgung von Gerichtsbeschlüssen oder einer gesetzlichen Verpflichtung	255
c)	Präventiv- und Untersuchungshaft	257
(a)	Hinreichender Tatverdacht	258
(b)	Gefahr der Begehung einer Straftat	260
(c)	Fluchtgefahr	260
dd)	Inhaftnahme Minderjähriger	261
ee)	Unterbringung von Kranken und Landstreichern	262
ff)	Verhinderung des unberechtigten Eindringens in das Staatsgebiet, Abschiebungs- und Auslieferungshaft	265
e)	Verbot der Schuldhaft	268
5.	Rechte der festgenommenen Person	268
a)	Informationsrecht	268
b)	Haftdauer und richterliche Vorführung	270
c)	Recht auf richterliche Haftprüfung	276
d)	Entschädigung	280
6.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	281
II.	Freizügigkeit	281
1.	Allgemeines	281
2.	Schutzbereich	282
3.	Eingriffe	283
4.	Rechtfertigung	285
III.	Aufenthaltsgarantien	288
1.	Allgemeines	288
2.	Verbot der Ausweisung	288
a)	Schutzbereich	288
b)	Eingriffe	289
c)	Rechtfertigung	289
3.	Verbot der Kollektivausweisungen	290
§ 22.	Rechte der Person	292
I.	Schutz des Privat- und Familienlebens	292
1.	Allgemeines	294
2.	Grundrechtsträger	295
a)	Natürliche Personen	295
b)	Juristische Personen	296
3.	Schutzbereich	296
a)	Privatleben	296
aa)	Selbstbestimmungsrecht über den Körper	297
bb)	Schutz der Privatsphäre	299
cc)	Freie Gestaltung der Lebensführung	301
b)	Familienleben	304
aa)	Das Schutzgut Familie	304
bb)	Gewährleistungsumfang	307

c)	Wohnung	308
aa)	Das Schutzgut Wohnung	308
bb)	Gewährleistungsumfang	309
d)	Korrespondenz	309
4.	Eingriffe	310
a)	Privatleben	310
b)	Familienleben	314
c)	Wohnung	316
d)	Korrespondenz	317
5.	Rechtfertigung	318
a)	Gesetzliche Grundlage	318
b)	Legitimes Ziel	321
c)	Verhältnismäßigkeit	322
aa)	Privatleben	322
bb)	Familienleben	329
cc)	Wohnung	336
dd)	Korrespondenz	338
6.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	341
a)	Schutzpflichten	341
b)	Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	348
c)	Informationspflichten	354
7.	Fallgruppen	356
II.	Recht auf Eheschließung	362
1.	Allgemeines	363
2.	Schutzbereich	363
3.	Eingriffe	366
4.	Rechtfertigung	366
III.	Recht auf Bildung	369
1.	Allgemeines	370
2.	Bildungsrecht des Kindes	371
a)	Gewährleistungsumfang	371
b)	Eingriffe und Rechtfertigung	372
c)	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	374
3.	Elternrecht	377
a)	Gewährleistungsumfang	377
b)	Eingriffe und Rechtfertigung	379
c)	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	380
IV.	Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit	381
1.	Allgemeines	381
2.	Schutzbereich	382
a)	Persönlicher Schutzbereich	382
b)	Sachlicher Schutzbereich	383
aa)	Gedanken- und Gewissensfreiheit	383
bb)	Religions- und Weltanschauungsfreiheit	384
3.	Eingriffe	388
4.	Rechtfertigung	391
a)	Gesetzliche Grundlage	391

b) Legitimes Ziel	391
c) Verhältnismäßigkeit	393
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	396
§ 23. Politische und gemeinschaftsbezogene Grundrechte	399
I. Kommunikationsfreiheiten	399
1. Allgemeines	400
2. Schutzbereich	400
a) Die Freiheit der Meinungsäußerung	401
b) Informationsfreiheit	404
c) Pressefreiheit	406
d) Rundfunkfreiheit	407
e) Kunstfreiheit	408
f) Wissenschaftsfreiheit	408
3. Eingriffe	409
4. Rechtfertigung	412
a) Gesetzliche Grundlage	412
b) Legitimes Ziel	414
c) Verhältnismäßigkeit	416
aa) Eingriffe in die Freiheit der Meinungsäußerung und Information	419
bb) Besonderheiten bei Eingriffen in die Pressefreiheit	434
cc) Besonderheiten bei Eingriffen in die Freiheit des Rundfunks und sonstiger elektronischer Medien	448
dd) Besonderheiten bei Eingriffen in die Kunstfreiheit und in die Wissenschaftsfreiheit	452
d) Der Vorbehalt nach Art. 16	453
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	454
a) Schutzpflichten	454
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	455
c) Informationspflichten	457
II. Versammlungsfreiheit	458
1. Allgemeines	458
2. Schutzbereich	460
3. Eingriffe	461
4. Rechtfertigung	463
a) Allgemeine Eingriffsvoraussetzungen nach Art. 11 Abs. 2 S. 1	463
aa) Gesetzliche Grundlage	463
bb) Legitimes Ziel	463
cc) Verhältnismäßigkeit	463
b) Der Beamtenvorbehalt nach Art. 11 Abs. 2 S. 2	467
c) Der Vorbehalt nach Art. 16	467
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	468
III. Vereinigungsfreiheit	468
1. Allgemeines	469
2. Schutzbereich	470

3. Eingriffe	473
4. Rechtfertigung	474
a) Gesetzliche Grundlage	474
b) Legitimes Ziel	475
c) Verhältnismäßigkeit	475
d) Der Vorbehalt nach Art. 16	481
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	481
IV. Recht auf freie Wahlen	483
1. Allgemeines	483
2. Schutzbereich	485
a) Persönlicher Schutzbereich	485
b) Sachlicher Schutzbereich	485
3. Eingriffe	487
4. Rechtfertigung	489
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	495
§ 24. Verfahrens- und Justizgarantien	496
I. Verfahrensgarantien in Zivil- und Strafsachen	498
1. Der Anwendungsbereich des Art. 6	498
a) Entscheidungen über „civil rights“	499
aa) Die Entscheidung über ein „Recht“	499
bb) Der „zivilrechtliche“ Charakter des Rechts	500
cc) Die Entscheidung der „Streitigkeit“ über ein Recht	503
b) Entscheidungen über strafrechtliche Anklagen	504
aa) Der Begriff des Strafrechts	505
bb) Anklage	507
2. Die einzelnen Garantien	509
a) Die Organisationsgarantie: das Entscheidungsorgan „Gericht“	509
aa) „Auf Gesetz beruhend“	510
bb) Unabhängigkeit des Gerichts	511
cc) Unparteilichkeit des Gerichts	514
(a) Subjektive Unparteilichkeit	515
(b) Objektive Unparteilichkeit	517
b) Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht	522
c) Der Grundsatz des fairen Verfahrens	530
d) Gebot angemessener Verfahrensdauer	540
e) Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens	545
aa) Allgemeines	545
bb) Ausschluss der Öffentlichkeit nach Art. 6 Abs. 1 S. 2	546
cc) Die einzelnen Ausschlussgründe	548
(a) Allgemeine Ausschlussgründe	548
(aa) Interesse der Moral	549
(bb) Interesse der nationalen Sicherheit	549
(cc) Interesse der öffentlichen Ordnung	549
(b) Prozessbezogene Gründe	550
(aa) Jugendschutz	550
(bb) Schutz des Privatlebens	550

(c) Ausschlussgründe zugunsten der Rechtspflege	551
dd) Nichtöffentlichkeit wegen Unterbleibens einer mündlichen Verhandlung	551
e) Das Gebot der öffentlichen mündlichen Verhandlung im Rechtsmittelverfahren	553
ff) Die Veröffentlichung der Entscheidung	554
f) Besondere Verfahrensgarantien im Strafprozess	555
aa) Information über Art und Grund der Beschuldigung	555
bb) Ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung der Verteidigung	556
cc) Recht auf Anwesenheit und eigene Verteidigung	558
dd) Waffengleichheit im Zeugenbeweis	565
(a) Fragen an Zeugen und Sachverständige	565
(b) Die Beiziehung von Zeugen	569
ee) Beiziehung eines Dolmetschers	569
ff) Nemo tenetur	570
g) Die Unschuldsvermutung	572
II. Nulla poena sine lege	576
1. Allgemeines	577
2. Anwendungsbereich	578
3. Gewährleistungsumfang	580
a) Prinzip der Gesetzmäßigkeit von Verurteilungen	580
b) Rückwirkungsverbot	581
aa) Strafbarkeit nach innerstaatlichem Recht	581
bb) Strafbarkeit nach internationalem Recht	582
c) Bestimmtheits- und Klarheitsgebot	584
d) Verbot der rückwirkenden Verhängung höherer Strafen	587
III. Das Verbot der Doppelbestrafung und -verfolgung	588
1. Allgemeines	589
2. Anwendungsbereich	589
3. Der Inhalt der Garantie	591
4. Zulässige Beschränkungen der Garantie	593
IV. Das Recht auf Überprüfung von Strafurteilen	594
1. Allgemeines	594
2. Anwendungsbereich	594
3. Gewährleistungsumfang	595
4. Beschränkungen des Rechts	595
V. Das Recht auf Entschädigung bei Fehlurteilen	597
1. Allgemeines	597
2. Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs	598
3. Inhalt des Entschädigungsanspruchs	598
VI. Verfahrensgarantien in Ausweisungsverfahren	599
1. Allgemeines	599
2. Anwendungsbereich	599
3. Die einzelnen Verfahrensgarantien	600
4. Beschränkungen des Rechts	601
VII. Das Recht auf wirksame Beschwerde	601
1. Allgemeines	602

2. Anwendungsbereich	604
3. Gewährleistungsumfang	609
§ 25. Wirtschaftliche Grundrechte	621
I. Eigentumsgarantie	621
1. Allgemeines	622
2. Schutzbereich	624
a) Sachlicher Schutzbereich	624
b) Persönlicher Schutzbereich	628
3. Eingriffe	629
a) Eigentumsentziehungen	629
b) Regelungen der Eigentumsnutzung	631
c) Sonstige Eingriffe	632
4. Rechtfertigung	633
a) Eigentumsentziehungen	633
b) Nutzungsregelungen	640
c) Sonstige Eingriffe	643
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	645
a) Schutzpflichten	645
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	647
II. Berufsfreiheit	648
1. Allgemeines	648
2. Schutzbereich und Eingriffe	649
3. Rechtfertigung	651
4. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	651
§ 26. Gleichheitsgrundrechte	652
I. Beschränktes Diskriminierungsverbot	652
1. Allgemeines	652
2. Konkurrenzen	653
3. Anwendungsbereich	654
4. Feststellung einer Diskriminierung	657
a) Ungleichbehandlung von vergleichbaren Sachverhalten	657
b) Differenzierungsgründe	659
5. Rechtfertigung	661
a) Legitimes Ziel	661
b) Verhältnismäßigkeit	663
aa) Allgemeines	663
bb) Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	665
cc) Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache oder der Staatsangehörigkeit	667
dd) Diskriminierung aus religiösen Gründen	668
ee) Diskriminierung aufgrund politischer oder sonstiger Überzeugungen	669
ff) Diskriminierung aufgrund der Geburt oder der sozialen Herkunft	669
gg) Diskriminierung aus sonstigen Gründen	671
6. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	675
II. Besonderer Gleichheitssatz in Zusammenhang mit der Ehe	678

III. Der allgemeine Gleichheitssatz des 12. ZP	679
Verzeichnis der Abkürzungen der Mitgliedstaaten	683
Verzeichnis der Entscheidungen des EGMR	685
Sachverzeichnis	713

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG